

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M., im voraus zahlbar. Für Vorkasse nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. ...

Die achtseitige Konparatabelle über deren Raum kostet 5.- M., einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das jetzige Blatt kostet 2.- M., jedes weitere Blatt 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. ...

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Zweifelhaftes Spiel Was geht in Oberschlesien vor?

Trotz der Behauptung der Interalliierten Kommission, daß ein Waffenstillstand mit Korfanty nicht abgeschlossen worden sei, erklärt das „Petit Journal“, daß die Interalliierte Kommission am Donnerstag einen Waffenstillstand und eine Demarkationslinie zwischen Deutschland und Polen vorgeschlagen habe. Das soll zwar nur ein Provisorium sein, aber die Polen nehmen an, daß damit die endgültige Grenze Oberschlesiens bestimmt sein wird. Diese Demarkationslinie wurde von den Polen beifällig aufgenommen, weil sie den Polen den größten Teil des Gebietes, in dem sie sich schon jetzt befinden, insbesondere das Industriegebiet, beläßt. In Uebereinstimmung hiermit erklärt der Vertreter der „Chicago Tribune“ im Hauptquartier der Aufständischen, auf welche Weise der Waffenstillstand und die Demarkationslinie festgesetzt wurden, und daß die Polen, gemäß dem Waffenstillstande, Kreuzburg, Kofenberg und Kandozin ausgeben müßten. Die Eisenbahnen, die Nahrungsmittelversorgung, Post und Telegraphen sowie auch die Zivilverwaltung sollen der gemeinsamen Kontrolle der Insurgenten und der Interalliierten Kommission unterstellt werden.

Auch von anderer Seite wird bestätigt, daß Verhandlungen mit den Aufständischen im Gange sind. Eine offiziöse Note der römischen Regierung teilt mit, daß sich Graf Sforza eingehend mit der oberschlesischen Frage beschäftige. Da eine Mithilfe der Deutschen von den Alliierten abgelehnt worden sei, weil Frankreich die deutschen Truppenbestände nicht noch vermehren wolle, stehe man vor der Tatsache, daß die Interalliierte Kommission aller militärischer Hilfsmittel entbehre, um den Aufständischen die Stirne bieten zu können. Infolgedessen bleibe nichts anderes übrig, als mit den Insurgenten zu verhandeln, um Blutvergießen zu verhindern. Diese Besprechungen würden durch die französischen militärischen Autoritäten in Oberschlesien geführt werden, während daneben auch ein diplomatischer Druck auf die polnische Regierung ausgeübt werden soll. In italienischen politischen Kreisen soll man allerdings der Anschauung sein, daß die Besprechungen mit den Insurgenten zu keinem positiven Ergebnisse führen würden.

Es wird höchste Zeit, daß die Alliierten diesem zweifelhaften Spiel ein Ende machen und dafür sorgen, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages von ihren Beauftragten in Oberschlesien innegehalten werden. Ersthierbei wird die Erfüllung dieser Forderung durch die polenfreundliche Haltung der französischen Nationalisten, während man bei den anderen Alliierten, besonders in England, eine bessere Erkenntnis für die Notwendigkeit der Stunde findet. So erklärte Lord Robert Cecil in seiner Rede in London folgendes:

Für Europa könne nichts verhängnisvoller sein als die Tatsache, wenn es Wahrheit wäre, daß die Franzosen den Angriff irgendeiner Macht gegen Deutschland unterstützt hätten. Auf der Konferenz über die Entwaffnung Deutschlands sagten die deutschen Vertreter: Wenn wir abdrücken, wie sollen wir uns im Falle eines Angriffes wehren? Darauf antworteten die Alliierten: „Fürchtet euch nicht! Die Verbündeten werden euch im Falle eines Angriffes schützen.“ Heute befinden wir uns aber dem polnischen Bestreben gegenüber, vollendete Tatsachen herzustellen. Die Art und Weise, wie sich gewisse Elemente mit Zustimmung autorisierter Vertreter der polnischen Regierung benehmen, ist entmutigend. Wenn die Führer der obersten alliierten Kommission die Vorfälle, wie sie sich schon öfter früher ereigneten und in Oberschlesien wiederholten, abgewehrt hätte, so wären die traurigen Ereignisse von Oberschlesien nicht eingetreten. Die oberschlesischen Unruhen tragen aber so nur dazu bei, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Europas zu vergrößern.

Die Vorgänge in Oberschlesien, die Haltung der französischen Nationalisten und die Unentschlossenheit der anderen Alliierten zeigen mit aller Deutlichkeit, welche Arbeit das internationale Proletariat noch zu leisten hat, bis an die Stelle der rohen Gewalt die Vernunft und das Recht getreten sind!

#### Es wird erwogen

Im Unterhaus erklärte H. Harmsworth, die Interalliierte Kommission in Oberschlesien erwäge die Möglichkeit einer Verklärung der Streitkräfte, die der Abstimmungskommission zur Verfügung stehen.

#### Polen soll das Industriegebiet erhalten!

Zu der Neutermeldung, daß der Oberste Rat bei seiner nächsten Zusammenkunft den von der Interalliierten Kommission in Oberschlesien vorgelegten Bericht prüfen und darüber entscheiden werde, bemerkt heute das „Echo de Paris“: Es sei wahrscheinlich, daß sich Frankreich nicht zu der Sitzung begeben werde, ohne vorher die Versicherung zu haben, daß keine Anschauungen, die in der Zuteilung des gesamten oberschlesischen Industriegebietes an Polen gipfeln, grundsätzlich von allen Alliierten angenommen wurden. Die französische Regierung sei der Ansicht, daß bei diesen Fragen ein höheres Interesse auf dem Spiele stehe. Dazu erklärt noch der „Petit Parisien“, daß es wahrscheinlich sei, daß jede

Lösung, die Polen nicht das gesamte oder wenigstens den überwiegenden Teil des Industriegebietes zuspreche, die Billigung Frankreichs nicht finden werde.

#### Die italienische Auffassung

Paris, 13. Mai.  
Savas meldet aus Rom: Eine halbamtliche Note stelle die Auffassung in diplomatischen Kreisen hinsichtlich Oberschlesiens folgendermaßen richtig: Man versichert, daß die italienische Regierung in bezug auf Oberschlesien und die Ereignisse, die sich in den letzten Tagen dort abgespielt haben, keinerlei selbständige Haltung einzunehmen wird, obwohl ein größerer Teil der Opfer den italienischen Truppen zuzurechnen ist. Diese Entscheidung soll im Verlaufe eines langen Meinungswechsels zwischen Graf Sforza und Giolitti getroffen worden sein. Der Ministerrat habe einstimmig der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß man im vollsten Einvernehmen mit den Verbündeten vorgehen müsse. Die diplomatischen Bemühungen Italiens werden in der Hauptsache im Schoße des Vorkonferenztats erfolgen, der mit der Regelung dieser dornigen Frage betraut sei.

#### Vertrag ist Vertrag!

London, 13. Mai.  
„Daily Telegraph“ schreibt in einem Leitartikel, die Lage in Oberschlesien sei ängstlich ernst und drohend. Die alliierten Regierungen seien berechtigt, sogar verpflichtet, das gewalttätige und ungesetzliche Unternehmen der polnischen Aufständischen zu unterdrücken. Man könne leicht verstehen, daß Frankreich für Polen eintrete; denn ein starker, gesunder polnischer Staat könne ein nützlicheres Gegengewicht im Osten gegen Deutschland bilden. Frankreich könne es ebensowenig nützen, daß die Mineralische Oberschlesiens Preußen zugewiesen werden, Vertrag sei jedoch Vertrag, und es liege mindestens ebenso im Interesse Frankreichs, wie in dem Englands und Italiens, daß der Versailler Vertrag unbeschädigt aufrechterhalten bleibt.

#### Um die Resolution Knox

London, 13. Mai.  
Der Berichterstatter der „Times“ meldet aus Washington, daß die Annahme des Ultimatus durch die deutsche Regierung keine Beschleunigung der Annahme der Resolution Knox im amerikanischen Senate erirken würde. Präsident Harding sei überzeugt, daß die Vorteile der Annahme der Resolution Knox für Amerika reichlich durch die Verwicklungen aufgewogen werden würden, die die Verwirklichung dieser Resolution in einer so heiklen Situation herbeiführen müsse. Das Repräsentantenhaus scheint auch geneigt zu sein, sich von denselben Erwägungen leiten zu lassen, und deshalb die Abstimmung noch weiter zu verschieben. Gleichzeitig wird im „Daily Telegraph“ aus Washington gemeldet, daß im Senate und im Repräsentantenhaus die Meinung vorherrsche, daß Hughes demnächst dem Präsidenten einen großen Plan zur Lösung aller internationalen Fragen vorlegen werde. Dieser Plan wird sich insbesondere auf die Schaffung eines internationalen Schiedsgerichtes beziehen.

#### Ministerrat in Paris

Paris, 13. Mai.  
Heute vormittag findet im Elysee unter dem Vorsitz des Präsidenten Millerand ein Ministerrat statt, der die Maßnahmen bestimmen soll, die nach Annahme des Ultimatus ergriffen werden sollen, um die Anwendung des Abkommens von London durchzuführen; auch soll der Ministerrat darüber beschließen, ob schon jetzt ein diplomatischer Vertreter zum Vatikan entsandt werden soll, bevor das Parlament das Gesetz über die Wiederaufnahme der Beziehungen angenommen hat.

#### Verschärfung der Streiklage in England

London, 13. Mai.  
Die Lage in England infolge des Streiks hat eine neue Verschärfung erfahren. Die Verbände der Lokomotivführer und Heizer, die bei Ausbruch des Streiks gegen eine Teilnahme waren, stimmten gestern für einen Sympathiestreik für die Bergarbeiter. Die Verbände der Eisenbahn- und Transportarbeiter werden morgen in London zu einer Beratung zusammenzutreten und man erwartet, daß die Parole zum Generalkreik ausgegeben werden wird. Die Zahl der Arbeitslosen auf allen Gebieten steigert sich infolge des Streiks der Bergarbeiter ins Ungeheure. Im Verlaufe einer Woche stieg die Zahl um 65 441 Mann. Die Gesamtsumme der Arbeitslosen beliefert sich gegenwärtig auf 2 Millionen, worin aber die Zahl der kreisenden 1 200 000 Bergarbeiter nicht mit inbegriffen ist.

Kämpfe in Marokko. Nach einer Havasmedung aus Larach haben die spanischen Truppen die drei Stellungen von Ganda, bitteren Widerstand geleistet. Die Verluste der Spanier betragen 1 Hauptmann und 16 Soldaten tot, 5 Offiziere und 69 Soldaten verwundet.

#### Schein und Wirklichkeit

Während des ganzen Verlaufs der jetzt zum vorläufigen Abschluß gelangten außenpolitischen Krise haben wir keinen Augenblick einen Zweifel darüber gelassen, daß die verheerenden Folgen des Krieges und des Versailler Friedens nicht durch die Verhandlungen der bürgerlich-kapitalistischen Staatsmänner, sondern nur durch die gemeinsamen Anstrengungen des zur Verwirklichung des Sozialismus drängenden internationalen Proletariats überwunden werden können. Deshalb waren die Bemühungen unserer Partei, wie alle der Internationalen Sozialistischen Arbeitergemeinschaft angehörenden Parteien schon seit Monaten darauf gerichtet, eine gemeinsame Front der Arbeiter aller Länder im Kampfe gegen die Reaktion und die fortgesetzten Kriegstreiberien der Imperialisten herzustellen, und die Kundgebungen in den verschiedenen Ländern ebenso wie die Konferenzen in Amsterdam legten Zeugnis davon ab, daß die Initiative der Wiener Konferenz bei den sozialistischen Parteien und den Gewerkschaften auf dankbarem Boden gefallen war.

Der Zusammenschluß des internationalen Proletariats ist zweifellos durch die jüngste weltpolitische Krise in starkem Maße gefördert worden. Die leidenschaftlichen Kämpfe in der Wiedergutmachungsfrage und die neuen Kriegsgefahren, die in ihrem Gefolge aufstiegen, haben die Erkenntnis des gemeinsamen Interesses der Arbeiter in den besiegten Ländern wie in den „Sieger“ Ländern verschärft. Diese Erkenntnis muß an Umfang und Tiefe zunehmen, sobald die verheerenden Wirkungen der jetzt Deutschland aufgeworfenen Wiedergutmachungslasten sich in der steigenden Wirtschaftskrise in England, Frankreich usw. bemerkbar machen werden. Dann wird auch der Zeitpunkt gekommen sein, wo die in Wien und Amsterdam aufgestellten Richtlinien, die jetzt infolge des Widerstandes der kapitalistischen Eliten in den Entente-Ländern nicht zum Durchbruch gelangten, den zur Arbeitslosigkeit und Not verurteilten Massen auch in den „Sieger“ Ländern als einzigen Ausweg aus der Wiedergutmachungskrise erscheinen und sie zu einheitlichem geschlossenem Vorgehen veranlassen werden.

Im gegenwärtigen Stadium der Entwicklung handelt es sich in der Frage der internationalen proletarischen Politik einerseits darum, die flizzierten großen Linien der weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Entwicklung zu erkennen und die Massen geistig und organisatorisch auf sie einzustellen, und andererseits darum, der Politik der Zerstückelungen, der Täuschungen, der Illusionen, die bisher geübt wurde, national und international ein Ende zu bereiten. Gerade die großen Kämpfe, für die das internationale Proletariat rufen muß, erfordern mehr denn je zuvor neben klarer Erkenntnis der politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten, neben nüchternen Abwägung der bestehenden Kräfteverhältnisse rücksichtslose, von jeder Selbsttäuschung freie, Wahrheit über den Stand der proletarischen Kämpfe in allen Ländern.

Es gilt auch hier neu aufzubauen, was die Kommunisten in den letzten Jahren niedergezogen haben und noch täglich niederreißen. Ihre Zersplitterungs- und Verbeugungspolitik findet auf internationalem Gebiet ihre sinngemäße Ergänzung einerseits in der beispiellosen Konfusion, andererseits in einer grenzenlosen Täuschungspolitik, deren einziges Ergebnis nur fortgesetzte Niederlagen und Enttäuschungen der Arbeiterklasse sind. Noch in den letzten Tagen haben wir die nicht zu überbietende kommunistische Konfusion darin zur Geltung kommen, daß sie in Deutschland den Arm in Arm mit den Deutschnationalen gegen das Ultimatum der Entente stimmten und so den französischen Militaristen in die Hände arbeiteten, während die Kommunisten in Frankreich die Abstimmung im Reichstag begrüßten, ohne allerdings ihre Anhänger davon in Kenntnis zu setzen, daß nicht die deutschen Kommunisten, sondern die deutschen Sozialisten den Sieg der nationalistischen Katastrophepolitiker haben und drüben verhindert haben.

Auch in der Einschätzung des Kräfteverhältnisses in Frankreich selbst findet sich bei den Kommunisten dieselbe Neigung zum Selbstbetrug und zur Katastrophepolitik. So brachte die „Kote Jahne“ Mittwochabend einen schwungvollen Bericht über den Kampf der französischen Kommunisten gegen die Mobilmachung. Wie sieht es aber in Wirklichkeit mit der revolutionären Kräfteentfaltung des französischen Proletariats aus? Ein Blick in die französische Arbeiterpresse genügt, um die Täuschungsmethoden der „Koten Jahne“ zu erkennen. So schrieb der „Peuple“, das Organ des französischen Gewerkschaftsbundes vor einigen Tagen anlässlich der Reise der Kommissar in Paris folgendes:

Der 1. Mai 1921 bezeichnend den Tiefpunkt der organisierten Arbeiterbewegung. Die Lehre ist hart; aber wir haben wenig Hoffnung, daß sie wenigstens nützt. Die Gewerkschaften sind dezimiert. Ihre Bewältigung ist furchtbar. Kräfte und gesunde Organismen sind zu Skeletten zusammengeschrumpft. Der einzige Kampf, den man noch der Mühe wert hält, ist der gegen die Mitglieder der Exekutive! In der „Internationale“, dem Pariser kommunistischen Abendblatt, schrieb Viktor Mercier: Gerade in dem Augenblick, wo man uns in die ärgsten Katastrophen hineinzerren will, bietet das französische Volk ein Schauspiel seiner Ohnmacht und seiner Passivität. Es läßt

den ersten Mai vorübergehen, ohne ein Lebenszeichen zu geben.

In der kommunistischen „Humanität“ schrieb Frossard, der Sekretär der kommunistischen Partei:

Zum erstenmal seit einem Vierteljahrhundert hatte die Bourgeoisie ihren 1. Mai, während wir unfähig waren, den unseren zu organisieren.

Beide proletarischen Parteien, die Sozialisten und die Kommunisten, hatten die Arbeiter aufgefordert, am 1. Mai gegen den französischen Imperialismus zu protestieren. Versammlungen waren einberufen worden; aber sie waren schlecht besucht. Die Aufforderung zur Arbeitsruhe wurde von vielen Arbeiterschichten nicht beachtet. In Paris werden auch am Sonntag Zeitungen gelebt; die Gewerkschaft der Typographen hatte aber die Seker aufgefordert, am 1. Mai die Arbeit zu verweigern. Trotzdem sind alle bürgerlichen Blätter erschienen; nur die sozialistischen und kommunistischen Zeitungen erschienen nicht. Ebenso lehnten, wie der Pariser Berichterstatter des „Daily Herald“ erzählt, die Eisenbahner der Untergrundbahn die Arbeitsruhe mit der Begründung ab: „Wir haben noch genug zu tun, um die Wunden von der vorigen Maiseier zu verbinden.“

Diese Begründung erklärt zum Teil diesen Zusammenbruch. Im vorigen Jahre ist es den französischen Kommunisten — den berühmten „Reimzellen“ innerhalb der damals noch einigen Partei und der Gewerkschaften — gelungen, die Maiseier zum Signal und Ausgangspunkt eines unzulänglich vorbereiteten, breiten Massen ganz und gar unverständlichen Massenstreiks zu machen. Eisenbahner, Bergarbeiter und Metallarbeiter wurden damals von den Kommunisten in einen langwierigen Streik hineingerissen, der mit völliger Niederlage endete. Die Arbeiterkraft, von der kapitalistischen Staatsgewalt besiegt, mußte zähneknirschend zusehen, wie Tausende Eisenbahner gemahregelt wurden. Mit dieser Niederlage begann der Niedergang der Gewerkschaften; nach dem Streik des vorigen Mai verloren die Metallarbeiter mehr als die Hälfte, die Eisenbahner einen noch größeren Teil ihrer Mitgliedschaft. Dann kam der Kongress von Tours; Moskau erzwang die Spaltung der Partei. Während die sozialistische Partei infolge der Spaltung zunächst ohnmächtig wurde, stürzte sich die neukonstituierte kommunistische Partei auf die ohnehin schon geschwächten Gewerkschaften. Sie gründete ihre „revolutionären Comités“ innerhalb aller Gewerkschaften. Der Parteistreik wurde in jede Gewerkschaft getragen; vom Bruderkampf angewidert, wendeten sich die Arbeiter ab! Der erste Mai hat die Folgen dieses Jahres kommunistischer Taktik gezeigt!

Aber nicht nur die Maiseier, auch die Kampagne gegen die Mobilisierung hat die augenblickliche Ohnmacht des Proletariats gezeigt. Wir zitierten bereits am Sonntag die Aeußerungen Frossards, des Führers der französischen Kommunisten, der mit aller Entschiedenheit als „Bremsen“ auftrat und gegenüber den Forderungen einiger Parteifaktionen, im Interesse der Parteihaltung zur „Disziplin“ und „Besonnenheit“ mahnte. Und worin äußerte sich die „Aktivität“ der kommunistischen Parteileitung? Sie begnügte sich zunächst, eine einzige Versammlung in Paris einzuberufen, in der gegen die Mobilisierung und gegen die Napoleon-Feier der Reaktion protestiert wurde. Die „Humanität“ meldete jubelnd, mit großen Lettern, daß an dieser Demonstrationsversammlung 12 000 Arbeiter teilgenommen haben. Zwölf Tausend in ganz Paris! Und als am 8. Mai von der kommunistischen Partei und von den Gewerkschaften eine Kundgebung in Paris veranstaltet wurde, nahmen etwa 30—35 000 Personen daran teil. Genosse Longuet schreibt darüber im „Populaire“:

„Gewiß, ihren Widerstand gegen die neu-napoleonische Politik unserer Regierung zu zeigen, und ihren Haß gegen den Krieg herauszurufen, waren diese Manifestanten weder an Zahl noch an Leidenschaft gleich jenen großen Arbeitermassen, den ungeheuren und sicherhaft erregten Mengen, welche auf den Ruf der sozialistischen Partei — der einzigen Partei der Arbeiterklasse — sich ehemals versammelten, um die gewaltige Stimme von Zouaves zu hören. Es waren nicht jene Hunderttausende von Manifestanten von 1913, oder selbst jene 10 000 Menschen, die Frossard gestern morgen noch begleitete.“

## Arbeiter-Büchertisch

### Krieg, Revolution, Gewerkschaftsbewegung

Restripte: Die Gewerkschaftsbewegung

Die kommunistische Propaganda in den Gewerkschaften, deren Bogen noch immer hoch gehen, drängt die alte Gewerkschaftsbürokratie in eine Verteidigungsstellung. In der sie sich in einer Linie findet mit unseren Parteigenossen. Das zwingt unsere Parteigenossen zur Solidarität mit den eingefessenen Instanzen, und es bleibt weder Sinn noch Zeit, um sich der Sünden der Kriegspolitik der Gewerkschaften in gebührender Weise zu erinnern.

Das ist ein Mangel. In unserer ereignisreichen Zeit ist ohnehin die Reizung zum Vergessen gewisser Dinge besonders stark. Die Kriegspolitik der Gewerkschaften aber hat Vorgänge gezeigt, die wir nicht vergessen dürfen, denn solange die alten, branden Instanzen an der Spitze der Bewegung stehen, deren Schuldkonto durch die Kriegspolitik stark belastet ist, solange wird die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft immer das Gefühl haben müssen, daß ähnliche unergiebliche Festgriffe, wie sie in der Kriegszeit vorgekommen sind, auch in Zukunft vorkommen werden, wenn nur die Gelegenheit wiederkehren würde.

Eine treffliche Gelegenheit, sich der Vorgänge in den Gewerkschaften während der Kriegszeit zu erinnern, ist das Studium des Buches von Siegfried Restripte: Die Gewerkschaftsbewegung, Verlag Ernst Heinrich Moritz, Stuttgart 1921, 2. Band, 475 Seiten, gebunden 28 Mark. Restripte hat schon im ersten Band seiner „Gewerkschaftsbewegung“ bewiesen, daß er die Bewegung sorgfältig studiert hat, daß er als Historiker in der Lage ist, das Nebenwichtige vom Wesentlichen zu scheiden, und daß er als Theoretiker zu erkennen vermag, wie die großen Linien der Entwicklung der Bewegung laufen. Der erste Band seines Werkes ist von der ganzen Presse der freien Gewerkschaften als eine objektive Arbeit von großer Anschaulichkeit gelobt worden. Wir nehmen daher an, daß die Gewerkschaftspresse, welcher Tendenz sie immer zuneigen mag, dieses Urteil auch gegenüber dem zweiten Band aufrechterhalten wird, auch wenn ihr manches darin nicht passen sollte.

Restripte untersucht hier die Stellung und Tätigkeit der Gewerkschaften während des Krieges und nach dem November 1918. Restripte hat im ersten Bande bewiesen, daß er gegen die Politik der Instanzen nicht das mindeste Vorurteil hat und auch im zweiten Bande zeichnet sich seine Beobachtung und Darstellung durch die größte Objektivität und Zurückhaltung aus. Aber er muß als sorgfältiger Historiker Tatsache an Tatsache reihen und schon dadurch Seite für Seite beweisen, daß die Gewerkschafts-

Eine Woche nach einem „Ersten Mai der Entmutigung und der Abkantung“, — um die Ausdrücke des Generalsekretärs der kommunistischen Partei anzuwenden — braucht man darüber nicht besonders überrascht zu sein. Nur müssen noch einmal die tiefbedauerlichen Resultate der Zersplitterungsmethode festgestellt werden. . . .

Wir müssen mit lebhaftem Bedauern konstatieren, daß sich die gestrige Veranstaltung weder durch die Masse der Hörer, noch durch die Kraft der Redner, noch durch die Art der Organisation auf der Höhe der Umstände befand.“

Wenn diese Schwäche des französischen Proletariats zuzuschreiben ist, wird mehr und mehr den breitesten Kreisen der Arbeiterschaft klar. Es ist die von Moskau geleitete freventliche Zersplitterung der Arbeiterbewegung; es ist die niederträchtige Methode der wüsten Verhetzung innerhalb der Arbeiterschaft, die dem französischen Imperialismus in seinem Lande völlige Bewegungsfreiheit verliehen hat. Wie in Deutschland, wie in Italien, wie in Ungarn und in den Balkanländern war der Kommunismus auch in Frankreich nur der Schrittmacher der Reaktion.

Je mehr diese Erkenntnis in die Massen der Arbeiterschaft eindringt, desto schneller wird die einheitliche Front des internationalen Proletariats gegen Reaktion und Kapitalismus hergestellt, desto stürmischer wird die große proletarische Masse sich gegen ihren Klassenfeind erheben und an die Stelle der kommunistischen Scheinrevolution die Wirklichkeit des revolutionären Klassenkampfes setzen.

## SPD. und Regierungsbildung

In der gestrigen Funktionärkonferenz der S. P. D. Groß-Berlins hielt der Reichstagsabgeordnete Hildbrand einen Vortrag über die Annahme des Ultimatums und die Frage der Regierungsbildung. Aus seinen Aeußerungen ist hervorzuheben, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trotz der schweren Bedenken gegen die finanziellen Bedingungen des Ultimatums den Zahlungsplan, der für die geforderten 132 Milliarden vorgesehen ist, als realisierbar betrachte. Es gebe natürlich auch Sachverständige, die von der Unerfüllbarkeit überzeugt seien, es handle sich aber jetzt für Deutschland darum, den restlosen Beweis zu erbringen, daß wir das Menschennögliche leisten wollen. — Nach einer lebhaften Diskussion wurde eine Resolution des Bezirksvorstandes eingebracht. Ein Zusatztrag, der jede gemeinsame Regierungsbildung mit der Deutschen Volkspartei ablehnte, wurde vom Referenten in seinem Schlußwort als „unzweckmäßig“ bekämpft, aber trotzdem in besonderer Abstimmung mit gewaltiger Mehrheit angenommen. Dann wurde einstimmig folgende Gesamtsresolution angenommen:

„Die Funktionäre der S. P. D. Groß-Berlins billigen den Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, für die Annahme des Entente-Ultimatums zu stimmen, da unter den angedrohten Zwangsmahnahmen die arbeitende Bevölkerung in erster Linie zu leiden gehabt hätte, ohne daß die Verpflichtungen Deutschlands aus dem Friedensvertrage dadurch befreit worden wären. Angesichts der Tatsache, daß deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Kommunisten im Interesse ihrer nationalistischen und parteigegnerischen Hege die Annahme des Ultimatums ablehnten, war die Sozialdemokratie gezwungen, in die Reichsregierung einzutreten und mit der Verantwortung für die Durchführung unserer Verpflichtungen zu übernehmen.“

Diese schwere Verantwortungslast kann die Sozialdemokratie nur tragen, wenn durch eine schnelle Neubildung der preußischen Regierung aus der Grundlage der alten Koalition uns auch ein entsprechender Einfluß auf die Staatsverwaltung eingeräumt wird. Dabei kann nach der Stellungnahme der Deutschen Volkspartei zum Ultimatum und nach ihren grundsätzlichen Anschauungen eine gemeinsame Regierungsbildung mit dieser Partei weder im Reich noch in Preußen für uns in Betracht kommen.“

Die Konferenz erwartet, daß die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder mit allem Nachdruck dafür eintreten, daß die Entwertung und die sofortige Aburteilung der Kriegsverbrecher ernhaft durchgeführt wird. Bei der Ausbringung der finanziellen Leistungen ist in erster Linie die Befreiung des Volkes und des Unternehmergeverns und der Produktion bis an die äußerste Grenze durchzuführen, und es ist dafür zu sorgen, daß die kapitalistische Steuerlast der letzten Zeit mit allen Mitteln gebrochen wird. Tatkraftige Demokratie!

Instanzen während des Krieges nicht nur alle Grundzüge der sozialistischen Arbeiterbewegung haben fahren lassen, sondern sogar nicht einmal genügend Takt und Charakter gezeigt haben, um in den gegebenen sicherlich schwierigen Verhältnissen durch eine neutrale Haltung und ein zurückhaltendes Verhalten die Klippen zu umgehen, die der Ausbruch des Krieges dem Vorwärtsschreiten der Gewerkschaftsbewegung zweifellos in den Weg gewälzt hat. Restripte geht aber weiter und läßt deutlich erkennen, daß er — wiederum als objektiver Beurteiler — die Kriegspolitik der Instanzen auf das schärfste verurteilt. Und sein Urteil ist darum so wertvoll und lehrreich, weil er eben als Historiker der Gewerkschaftsbewegung den gegenwärtigen inneren Kämpfen persönlich völlig fernsteht.

Auch den Anfängen der „Arbeitsgemeinschaften“ und der weiteren Entwicklung dieser sonderbaren taktischen Methode widmet Restripte eine ausführliche Darstellung. Auch er erkennt in ihr die Fortentwicklung der Kriegspolitik der Gewerkschaften und nicht, wie fälschlich immer behauptet wird, die logische Entwicklung des Tarifvertragswesens. Er stellt das nicht ausführlich dar, worin wir einen Mangel erblicken, aber wir müssen dem Verfasser zugute halten, daß es unmöglich ist, in dieser ersten Ausgabe eines so umfassenden Werkes wesentlich über die Annäherung der Tatsachen hinauszuweisen. Besonders wertvoll wird Restripes Schilderung des Werdens der Arbeitsgemeinschaften dadurch, daß er ihre Wurzeln bloßlegt. Bis weit zurück in die Kriegszeit reichen die Bemühungen um das Zustandekommen dieses Paktes. Diese Darstellung zeigt, daß die Unternehmer die Arbeitsgemeinschaften hochläufig absehten, solange sie noch hoffen konnten, ihre entscheidende Vermächtnisstellung in politischen und wirtschaftlichen Leben auch über den Krieg hinaus zu erhalten und mit den alten Mitteln des Scharfmachertums zu wahren. Erst als der nahe militärische Zusammenbruch diese Hoffnung schwinden ließ, erschienen ihnen die Arbeitsgemeinschaften als ein wirksames Mittel, um ihre im Prinzip gleichgebliebenen Ausbeutungsziele mittels eines Bündnisses mit den während des Krieges jähm gewordenen Gewerkschaftsinstanzen durchzuführen. „Jetzt begannen sie in dem Eingehen auf den Gedanken der Arbeitsgemeinschaften, in einer Verbindung mit den Arbeiterorganisationen eine Möglichkeit zu sehen, die Arbeiterschaft zu beruhigen, ohne größere Opfer bringen zu müssen; glaubten wohl gar eine Gelegenheit gegeben, wenigstens einen Faktor, eben die Gewerkschaften, bei dem revolutionären Entscheidungskampf als Gegner ausschalten zu können.“ schreibt Restripte auf Seite 45.

Wer also sein Gedächtnis in bezug auf diese Vorgänge auffrischen will, dem ist Restripes Buch dringend zu empfehlen.

Gut ist auch die Darstellung, die der Verfasser von den Wirkungen und Zuständen gibt, die durch die Verschlebung der Bezugsgrenzen während des Krieges eingetreten sind. Diese

Erklärung der Verwaltung und Reformen der Rechtspflege sind hervorzuheben und für den inneren Wiederaufbau unbedingte Voraussetzungen. Bei der Durchführung einer solchen Politik wird die gesamte Arbeiterschaft hinter der Regierung stehen.“

Es ist für die Stimmung in den leitenden Kreisen der S. P. D. charakteristisch, daß der Referent Hildbrand die Festsitzung gegen eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei verhiindern wollte. Die Funktionäre, die sich trotzdem in übergroßer Mehrheit gegen eine Koalition aussprachen, haben nun die Pflicht, mit allen Mitteln zu verhindern, daß die Arbeiterschaft, wie schon oft zuvor, vor „vollendete Tatsachen“ gestellt, und die Interessen der Arbeiterbewegung den Schachzügen der Parteidiplomaten zum Opfer gebracht werden.

## Ebert erlaubt die Orgech!

Das zinnstimmte Telegraphenbureau T. U. macht es sich zur besonderen Aufgabe, Propagandaarbeiten für die Orgech zu verbreiten. Vor einigen Tagen erlassene Verbot der sächsischen Regierung habe das für Sachsen erlassene Verbot der Orgech aufgehoben. In Sachsen besteht nun eine sozialistische Regierung, und die Aufhebung des Orgechverbotes ausgerechnet durch die sächsische Regierung hätte zweifelsohne Aufsehen erwecken können. Tatsache ist aber folgendes:

Die in Sachsen verbotene Orgech hat den Klageweg beschritten. Das Oberverwaltungsgericht hat sich als Orgech erweisen und die entsprechenden Verfügungen aufgehoben. Außerdem ist dem Verbot der sächsischen Regierung durch die Verordnung des Reichspräsidenten Ebert vom 29. März 1921 die Rechtsgrundlage entzogen worden. In dieser Verordnung ließ Herr Ebert die Anweisung zur Bildung der außerordentlichen Gerichte ergehen, zu gleicher Zeit setzte er die Verordnung vom 30. Mai 1920, die sich auf die Bildung bewaffneter Haufen bezog, außer Kraft und machte damit die bewaffneten Geheimverbände der Gegenrevolution legal.

Die Landesregierungen, die gewillt sind, der Orgech das Lebenslicht anzublasen, um den Bestand der Republik zu sichern, bekommen durch Herrn Ebert Anknüpf zwischen die Beine geworfen. Wie der sächsische Regierung, so ergeht es auch der braunschweigischen. In beiden Ländern ist die Orgech durch die sozialistische Regierung verboten, in beiden Ländern macht die Orgech jetzt wieder mobil und die Landesregierungen sind machtlos, weil Reichsgesetze über Landesgesetze gehen.

Wenn wir also mit der Tatsache zu rechnen haben, daß sich die Orgech jetzt allenthalben auf breiter Basis entfaltet, dann ist dafür Herr Ebert und die Reichsregierung verantwortlich. Herrn Ebert ist die Flucht aus Berlin im März 1920, als er zusammen mit seinem Freund Noske bei Nacht und Nebel seine Residenz verlassen mußte, ansehnlich schon wieder aus dem Gedächtnis verschwunden. Wenn Herr Ebert sich jetzt als Orgechzüchter gebärde, dann wird es ihm auch nichts schaden, wenn die nächste Flucht etwas unglimpflicher für ihn verlaufen sollte.

## Kein Pfund Lumpen wert!

Aus München wird berichtet:

Der Eingabenausschuß des bayerischen Landtages war gestern nachmittag der Schauplatz eines häßlichen Aufrisses. Der U. S. P.-Abgeordnete Probst erklärte wiederholt, daß die Dynastien Wittelsbach und Hohenzollern kein Pfund Lumpen wert seien. Unter großer Erregung des Ausschusses erhielt Probst drei Ordnungsrufe, beschimpfte den Vorsitzenden, weigerte sich, den Saal zu verlassen, und wurde schließlich vom Ausschuß wegen seines Aufrisses scharf zurüchgewiesen.

Für ein Pfund Lumpen bekommi man heute etwa 50 Pfennig. Die Hohenzollern aber verlangen jährlich vom deutschen Volke 50 Millionen Mark. Diesen Tatsachen gegenüber erscheint es uns fast ungläublich, daß Genosse Probst ein bürgerliches Gerücht nicht abstreiten können, daß ein Pfund Lumpen, das 50 Pfennig einbringt, mehr wert ist, als ein früheres Herrscherhaus, welches 50 Millionen Mark verschlingt.

Zollerhöhung in Amerika. Der amerikanische Senat nahm den Gesetzentwurf an, durch den die Zollabgaben auf ausländische Fertigwaren erhöht werden.

Ercheinung hat, in Verbindung mit dem Einströmen größerer Massen ungeschulter Mitglieder bald nach der Revolution, für die meisten Gewerkschaften eine neue innere Struktur geschaffen und vielen Organisationen damit ein neues Gesicht gegeben. Diese Veränderungen zeitigten Strömungen und Forderungen, die sich angeblich auf ein gesteigertes revolutionäres Bewußtsein beriefen, in Wirklichkeit aber zum nicht geringen Teil völliger Unkenntnis des kleinen Einmaleins der Gewerkschaftsbewegung entsprangen. Das übertrieb und verzerrte die im Kern gesunde Oppositionsbewegung gegen die Kriegs- und Arbeitsgemeinschaftspolitik, und diese Erscheinung findet gegenwärtig in der Felsenpropaganda der Kommunisten, die an die Stelle von Argumenten Beschimpfungen setzt, vorläufig ihren Höhepunkt. Restripte untersucht diese Veränderung in der Zusammensetzung der Mitglieder-massen und deut markante Beziehungen auf, die dem oberflächlichen Betrachter unbekannt bleiben, aber sehr viel zur Erklärung mancher Vorgänge in der Gegenwart der Gewerkschaftsbewegung beitragen.

Auch in seinen übrigen Teilen ist das frisch geschriebene Buch außerordentlich wertvoll. Es behandelt neben der Entwicklung der freien Gewerkschaftsbewegung in der Kriegs- und Revolutionszeit die anderen Richtungen der Gewerkschaftsbewegung, darunter in den zwei letzten Kapiteln die Angestelltenbewegung. Das Buch ist allen Arbeitern dringend zu empfehlen, die auf ihre geistige Schulung Wert legen, vor allem aber jedem Genossen, der in der Bewegung tätig ist. R. S.

## Ein buntes proletarisches Skizzenbuch

Es ist in neuerer Zeit viel von Arbeiterdichtern, vom Proletarischen Theater, proletarischer Kultur und dergl. die Rede. Aber alle diese Dinge lassen sich vermissen, das doch das Wesentlichste ist: einen besonderen Stil und eine besondere Auffassung, die sie als spezifisch-proletarisch kennzeichnen würde. Sie lehnen sich trotz wertvoller Einzelleistungen ganz an die bürgerliche Literatur an und geben weder in der Form noch im Ausdruck etwas gang neues.

Eine Ausnahme macht Max Dortu, der der Arbeiterwelt längst kein Unbekannter mehr ist. Zahlreiche Gedichte und Skizzen in der „Freiheit“, in der „Freien Welt“ und in der „Aktion“ haben uns diesen echten proletarischen Dichter näher gebracht. Was bei Dortu sofortig feststeht, das ist das Erlebnis, das so vielen Arbeiterdichtern fehlt, das Erlebnis der proletarischen Welt, der Daseinsbedingungen des Proletariats, seiner Spannung. Die Wandlung des persönlichen Erlebnisses zum Kunstwerk vollzieht sich bei Dortu in einer ganz eigenen, unerhört ausdrucksvollen Gestaltungsform. Hier sind alle Konventionen gesprengt, ohne daß nun ein anarchisches Durcheinander geschaffen wäre.



